

HANSER

Leseprobe

Ulrich Sieg

Geist und Gewalt

Deutsche Philosophen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus

ISBN (Buch): 978-3-446-24143-5

Weitere Informationen oder Bestellungen unter

<http://www.hanser-literaturverlage.de/978-3-446-24143-5>

sowie im Buchhandel.

INHALT

Eigentümlichkeiten deutscher Geschichte	7
Wertphilosophie und Terrorismusfurcht	19
Die Faszination des Nobelpreises	59
Radikalisierung der Diskurse	103
Gemeinschaftssehnsucht und ihre Grenzen	151
Nationaler Extremismus	193
Auf der Suche nach Sinn	241
Dank	249
Anmerkungen	253
Quellen und Literatur	293
Bildnachweis	309
Personenregister	311

WERTPHILOSOPHIE UND TERRORISMUSFURCHT

Es herrschte mildes Frühjahrs Wetter, als Wilhelm I. am Nachmittag des 11. Mai 1878 in offener Kalesche Unter den Linden spazierenfuhr. Der Deutsche Kaiser, ein Mann von festen Gewohnheiten, zeigte sich gern seinen Untertanen, die ihn ihrerseits wegen seiner Geradlinigkeit und einfachen Lebensart schätzten. Dieses Mal wurde er von seiner Tochter, der badischen Großherzogin Luise, und wie üblich von seinem Leibjäger begleitet.¹ Plötzlich drängte sich ein Mann an den Wagen heran und gab aus nächster Nähe drei Schüsse auf den Monarchen ab. Während die Kutsche weiterfuhr, wurde der Attentäter vom kaiserlichen Leibwächter und mehreren heraneilenden Personen ergriffen. Nur mühsam gelang es der Polizei, die aufgebrauchte Menge zu beruhigen. Ein Passant, der seine Stimme gegen die gewaltsame Behandlung des Attentäters erhob, bezahlte dies mit heftigen Schlägen und wurde gleichfalls auf die Wache überstellt. Wilhelm I. scheint von alldem nicht viel mitbekommen zu haben. Erst die Erzählung seiner Tochter überzeugte ihn davon, daß tatsächlich ein Attentat stattgefunden habe. Später zeigte sich Wilhelm I. mehrfach auf dem Balkon des Berliner Stadtschlosses unverletzt der Menschenmenge, die jubelnd den Ausgang des Ereignisses begrüßte. Abends wurde die Innenstadt prächtig beleuchtet, und der Kaiser ließ sich stürmisch in der Oper feiern.



Max Hödel (1857–1878). Am 11. Mai 1878 verübte er ein Attentat auf Kaiser Wilhelm I.

Unterdessen begann die Polizei mit den Ermittlungen. Auf Geheiß des Reichskanzlers konzentrierte sie sich auf mögliche Verbindungen des Attentäters zur Sozialdemokratie. Bismarck war fest entschlossen, die Geschehnisse politisch zu nutzen, und telegraphierte in diesem Sinne am 11. Mai aus Friedrichsruh. »Sollte man nicht von dem Attentat Anlaß zu sofortiger Vorlage gegen Sozialisten und deren Presse nehmen?« fragte er ebenso direkt wie beschwörend seinen Vertrauten, den Geheimen Legationsrat Otto von Bülow.² Bismarck ging es um die Bekämpfung der organisierten Arbeiterbewegung, die er als Bedrohung der inneren Ordnung ansah. Gleichzeitig wollte er den Liberalen eine Lektion erteilen, deren Engagement für Freihandel und Bürgerrechte nicht mehr in sein politisches Kalkül paßte.

Allein, die Kriminalpolizei und der ermittelnde Staatsanwalt Tessen-dorf, ein eingefleischter »Sozialistenfresser«, wurden nicht fündig. Der erst zwanzigjährige Attentäter Max Hödel, ein arbeitsloser Klempner-geselle, hatte zwar zeitweilig der Sozialdemokratie in Leipzig angehört, war aber aus der Partei ausgeschlossen worden, weil er Geld aus der Par-teikasse entwendet hatte. Anschließend bot er seine Dienste als Agent provocateur anderen Parteien an und wurde Mitglied von Adolf Stoek-kers Christlich-sozialem Verein. Dessen Organisation war in der Haupt-stadt heftig umstritten, versprach der Berliner Hofprediger doch nicht weniger als die Lösung der sozialen Frage, während er zugleich Resen-timents in der Arbeiterschaft und im Kleinbürgertum schürte. Hödel selbst betrachtete sich als Anarchist und lehnte jede Form staatlicher Herrschaft ab, weil sie gesellschaftliche Ungerechtigkeit verfestige.³

Trotz der unsicheren Faktenlage wußte die Presse genau, wo der Feind stand. Bereits kurz nach dem Ereignis erschien eine Fülle von Sonderaus-gaben, die über das Attentat auf den Kaiser berichteten – und die Presse war eine Macht. Gegen Ende der 1870er Jahre existierten in Deutschland etwa 2400 Zeitungen; die meisten Blätter druckten eifrig Artikel der Ber-liner Journalisten nach. »Ein Mord ist versucht worden, ein schnöder Meuchelmord«, hieß es in der Morgenausgabe der vielgelesenen *Natio-nal-Zeitung* vom 12. Mai, und sie fuhr fort, »aber die gnädige Hand des Geschickes hat die Kugeln vorbeigelenkt, der Kaiser und seine Tochter

blieben unversehrt.«⁴ Der Artikel betonte, wie grauenhaft es sei, daß Wilhelm I. »sein großes und ruhmreiches Leben von der Hand eines deutschen Meuchelmörders hätte verlieren können«, warnte vor politischen Verdächtigungen und wies doch darauf hin, daß einige Zeugnisse »den Verbrecher als Besucher der sozialdemokratischen Versammlungen kennzeichnen«. Ähnliche Argumentationsmuster finden sich zuhauf. Man wußte nichts Genaueres über Hödels Umfeld, traute aber der Sozialdemokratie manche Schlechtigkeit oder gar den direkten Angriff auf die bestehende Gesellschaftsordnung zu.

Die Sozialdemokratische Partei wehrte sich nach Kräften gegen die Verdächtigungen. Hödels Besitz von einschlägigen Schriften habe angesichts der Ermittlungslage ebensowenig zu sagen wie die Fotos von Arbeiterführern, die man bei ihm gefunden habe. Dezidiert erklärte ein Extrablatt der *Berliner Freien Presse*, man »bekämpfe wohl Systeme, nie aber Personen«, weshalb es vollkommen sicher sei, daß der Attentäter »mit unserer Partei und ihren Bestrebungen Nichts zu thun hat«.⁵ Auf eigenen Recherchen beruhte ein Artikel in den *Leipziger Nachrichten* vom 13. Mai 1878, der Hödels Begründung seines Parteiaustritts enthielt. Selbstgewiß bis zur Anmaßung betonte er in dem Schreiben, es sei »unter seiner Würde, mit einer Partei zu kokettieren, die den heutigen Gesellschaftszustand benutzt«, damit ihre Funktionäre ein vergnügliches Leben führen können. Offenkundig war Hödel unzufrieden mit dem Geld, das er als Austräger der sozialdemokratischen *Fackel* bis zum 1. April 1878 verdient hatte, und schmähte deshalb die »Koryphäen« der Sozialdemokratie, die seiner Meinung nach in Saus und Braus lebten, ohne etwas zu leisten.

Hödels allzu menschlich motivierte Kritik an seinen Parteioberen mag für die Sozialgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung nicht ganz uninteressant sein, Bismarck ließ sie gewiß kalt. Er suchte nach eindeutigen Belegen für Hödels Nähe zur Sozialdemokratie, damit sich ein Parteiverbot rechtfertigen ließ. Gleichzeitig blies Bismarck zum Angriff auf die Nationalliberalen, die sich in ihren ersten Erklärungen nach dem Attentat für die Verteidigung des Rechtsstaats eingesetzt hatten. So griff sein Hausorgan, die *Provinzial-Correspondenz*, nicht nur die Sozialdemokra-

tie an, sondern betonte auch, wie wichtig das religiöse Bekenntnis für ein friedliches Zusammenleben der Menschen sei.⁶ Und bei seinem Versuch, ein Sozialistengesetz durch den Reichstag zu bringen, machte Bismarck keinen Hehl daraus, daß Liberale und Sozialdemokraten gleichermaßen für den Verfall der öffentlichen Sitten verantwortlich seien. Allein, die Situation war noch nicht angespannt genug, als daß der Reichskanzler mit seiner Konfliktpolitik hätte erfolgreich sein können. Nur wenig später kam es zu einem Ereignis, das die politische Ordnung in ihren Grundfesten erschütterte.

Am 2. Juni 1878 wurde Unter den Linden erneut ein Attentat auf den Kaiser ausgeübt; dieses Mal war der Täter jedoch professioneller vorgegangen. Aus einem angemieteten Zimmer hatte er gezielt zwei Ladungen Schrot auf Wilhelm I. abgefeuert, der blutüberstömte in der Kutsche zusammenbrach.⁷ Nur sein grauer Militärmantel und die Pickelhaube hatten das Schlimmste verhindert – allein im Helm steckten 18 Schrotkörner. Dennoch war der Gesundheitszustand des Kaisers, der unter anderem am rechten Arm und an der Stirn verletzt wurde, wegen des Blutverlustes bedenklich. Wie es schien, hatte der Attentäter sein eigenes Ende mit einkalkuliert. Als die Polizei und eine aufgebrachte Menge kurz nach der Tat in das Haus eindrang, schoß er sich selbst in den Kopf. Überdies feuerte er mehrere Schüsse auf die einstürmenden Menschen, von denen zwei verletzt wurden. Es kam zu tumultartigen Szenen, bei denen es die Beamten nur mit Mühe schafften, den Schwerverletzten vor der empörten Menge zu schützen und auf die Wache zu bringen. Dort bemühte man sich mit großer Intensität und letztlich erfolgreich um sein Leben, nicht zuletzt weil man sich von ihm wichtige Hintergrundinformationen über das Attentat erhoffte.

Während die Berliner Gerüchteküche brodelte, recherchierte die Kriminalpolizei auf Hochtouren. Die ersten Ergebnisse waren überraschend. Der dreißigjährige Attentäter Karl Nobiling kam aus guten Verhältnissen, seine Mutter war eine verwitwete Majororgattin, und seine beiden Brüder dienten als Offiziere in der preußischen Armee. Er selbst hatte an der Universität Leipzig den Titel eines »Dr. phil.« erworben und zeitweilig in einem Statistischen Büro gearbeitet. Heißhungergrig nahm die

Presse diese Informationen auf und präsentierte umgehend ihre Deutung des Geschehens. Sie unterstrich die Einmütigkeit, mit der das entsetzte deutsche Volk auf das Attentat reagiere, das sich mit seinem Kaiser tief verbunden fühle. Ähnlich wie im August 1914 erschienen zahllose Extrablätter, welche die Neugier der Bevölkerung befriedigen sollten. Und ähnlich wie in den erregten Tagen zu Beginn des Ersten Weltkrieges lenkte man die öffentliche Meinung, indem man hervorhob, sie authentisch wiederzugeben.

Intensiv wurde von der ersten Minute an die bürgerliche Herkunft des Attentäters erörtert. So charakterisierte die *National-Zeitung* noch am 2. Juni 1878 in ihrer abendlichen Extra-Ausgabe Nobiling als »Zögling unserer höchsten Schulen [...] aus achtenswerther Familie und von unbescholtener Vergangenheit«, der es bis zum »Doctor der Philosophie« gebracht habe. Ebenso irritiert wie suggestiv fragte das Blatt, »wie hat er den Weg zu dem schrecklichsten Verbrechen gefunden? Ist es die That politischen oder religiösen Fanatismus? Ist es die nihilistische Frechheit, die höhnisch sich selbst und den Glanzpunkt der Nation in einer Katastrophe zu vernichten strebte? Haben wir einen Irrsinnigen vor uns?«⁸ Viele Zeitungen beschäftigte die Frage, was ein angesehenes Mitglied des Bildungsbürgertums zu einem Attentat auf den geliebten Kaiser veranlaßt haben könne. Freilich wurde recht bald deutlich, daß es mit Nobilings Arriviertheit nicht weit her war, hatte er sich doch schon seit geraumer Zeit auf Arbeitssuche befunden und verfügte keineswegs über die Mittel zu einer bürgerlichen Lebensführung. Seit Januar 1878 wohnte er bei dem jüdischen Kaufmann Levy in Berlin zur Untermiete und hatte sein möbliertes Zimmer für den Attentatsversuch genutzt.⁹

Heftig debattierte man allerorten, wie es um die Substanz des Staates und die Bedeutung der Bildung bestellt sei. Theodor Fontane schrieb noch am Abend des Attentats düster seiner Frau: »Massen sind immer nur durch Furcht oder Religion, durch weltliches oder kirchliches Regiment in Ordnung gehalten worden, und der Versuch, es ohne diese großen Weltprofosse leisten zu wollen, ist als gescheitert anzusehn. Man dachte, in ›Bildung‹ den Ersatz gefunden zu haben, und glorifizierte den ›Schulzwang‹ und die ›Militärpflicht‹. Jetzt haben wir den Salat.«¹⁰ Das

war eine knorrige, aus heutiger Perspektive eher unsympathische Wirklichkeitseinschätzung, doch traf die Verherrlichung der »Zuchtmeister« einen wunden Punkt: Mit der Radikalisierung der innenpolitischen Situation stand die »Bildung« und damit ein zentrales Ideal von Sozialdemokraten und Liberalen zur Disposition.

Bismarck erkannte sofort die sich bietenden Chancen. Bereits in der Nacht vom 2. zum 3. Juni und noch ohne relevante Hintergrundinformationen entschloß er sich zum direkten Angriff auf seine politischen Gegner. Auf seine Anweisung veröffentlichte das Wolffsche Telegraphische Bureau eine Darstellung, die zwar keine direkten Lügen, aber eine bewußte Verkürzung der Sachlage enthielt und dem Ansehen der Sozialdemokratie irreparablen Schaden zufügte. Der Text behauptete, daß Nobiling »sozialdemokratischen Tendenzen huldige«, Parteiveranstaltungen besucht und »schon seit 8 Tagen die Absicht gehabt habe, Se. Majestät den Kaiser zu erschießen, weil er für das Staatswohl ersprießlich gehalten, das Staatsoberhaupt zu beseitigen«. ¹¹ Am Morgen des 3. Juni druckten alle großen Zeitungen im Deutschen Reich die einseitige Darstellung ab. Einen Tag später teilte Bismarck der Ministersitzung mit, daß ein strenges Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie unvermeidlich sei. Angesichts der politischen Mehrheitsverhältnisse bedeutete dies die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen. Zwar erhob sich unter den Ministern zurückhaltender Widerspruch, aber allen Anwesenden war klar, daß der Reichskanzler die Bevölkerungsmehrheit auf seiner Seite hatte. Nur hinter vorgehaltener Hand sprachen Bismarcks politische Gegner von seinem »Schweineglück«, öffentlich hielt man sich mit Kritik fast vollständig zurück. ¹²

Die Bismarck nahestehenden Journalisten agierten ganz in seinem Sinne. Am 5. Juni 1878 hob die *Provinzial-Correspondenz* hervor, daß Nobiling die »geistige Luft« der Sozialdemokratie geatmet habe, die durch einen groben Materialismus gekennzeichnet sei. Dabei werde die Sozialdemokratische Partei durch einen tiefen Widerspruch charakterisiert. Einerseits setze sie sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen mit friedlichen Mitteln ein, während sie andererseits den Klassenkampf predige und die »Greuelthaten« der Pariser Commune verherrliche. Ihre

Agitation ziele auf die einfachen Leute, die man als »geistig waffenlos« bezeichnen müsse, und schüre den »Haß gegen die Besitzenden«. Damit habe die Partei eine Stimmung erzeugt, in der ein Kaiserattentat möglich gewesen sei, ein Angriff auf das »Heiligste«, das ein »ganzes Volk in seinem inneren und äußeren Dasein repräsentiere«.¹³

Im Vorfeld der Reichstagswahl standen auch die Nationalliberalen unter erheblichem öffentlichen Druck, weil sie das von Bismarck gewünschte Ausnahmegesetz nach dem ersten Attentat abgelehnt hatten. Das Wahlergebnis am 30. Juli fiel indes moderater aus, als man gemeinhin erwartet hatte. Die Liberalen verloren 4,1 Prozent der Stimmen und 7,3 Prozent der Sitze, während Konservative und Zentrum Gewinne verbuchten. Doch obwohl man schwerlich von einer erdrutschartigen Niederlage der Liberalen sprechen konnte, waren die Konsequenzen gravierend. Zentrum und Konservative verfügten zusammen nun über die Mehrheit der Reichstagssitze und konnten ihre politischen Interessen mit erhöhten Erfolgsaussichten verfolgen. Aus Bismarcks Perspektive war dies der erwünschte Rechtsruck, der das Ende des liberalen Zeitalters anzeigte und ihm neue politische Allianzen ermöglichte.¹⁴

Angesichts der neuen Kräfteverhältnisse im Reichstag und der unverändert aufgeladenen politischen Atmosphäre rückten viele Liberale von den rechtsstaatlichen Positionen ab, die sie vor wenigen Wochen noch vertreten hatten. In der liberal ausgerichteten Zeitschrift *Im Neuen Reich* erschien etwa ein Artikel, der eine Einigung aller staatstragenden Kräfte gegen den Sozialismus forderte. Ausdrücklich interpretierte der Autor Nobilings Attentat als »Kriegserklärung einer ruchlosen Umsturzpartei, welche alle staatstreuen Parteien unverzüglich in die Waffen rufen muß«.¹⁵ Gleichzeitig beschwor er die Wichtigkeit nationaler Gemeinschaft, um sich gegen die »rohe nackte Gewalt« des Terrorismus zu behaupten. Eine Durchsetzung des »Sozialistengesetzes« zeichnete sich immer deutlicher ab.

Wie sehr Bismarck die Situation beherrschte, zeigte die entscheidende Reichstagsdebatte am 17. September 1878. Ganz direkt griff er mit Eugen Richter einen der prominentesten Liberalen an und warf ihm seine Nähe zur Sozialdemokratie vor. Gleichzeitig betonte er mit Verve, daß

es die Verherrlichung der Pariser Commune durch Bebel oder Liebknecht im Jahre 1871 gewesen sei, die ihn zum erbitterten Feind der Sozialdemokratie habe werden lassen. Schließlich befänden sich »Staat« und »Gesellschaft« gegenüber der Sozialdemokratie »im Stande der Nothwehr«. Bismarck bezog sich damit auf eine Reichstagsäußerung Bebels vom 25. Mai 1871, die beträchtliches Vertrauen in eine bevorstehende europäische Revolution bekundet hatte. Bismarcks »Erinnerung« stand freilich im Dienst seiner aktuellen Absichten und war dementsprechend einseitig ausgefallen. Denn statt Angst und Schrecken zu verbreiten war Bebels Rede seinerzeit auf Heiterkeit der Abgeordneten gestoßen, die im Gefühl des umfassenden Sieges über den »Erbfeind« an klassenkämpferische Untergangsvisionen nicht recht glauben konnten.¹⁶ Die Endabstimmung über das »Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« am 19. Oktober 1878 brachte keine Überraschung mehr. Die Liberalen hatten sich auf die Seite von Freikonservativen und Konservativen geschlagen, und so passierte ein Gesetz den Reichstag, an dessen diskriminierendem Charakter es nichts zu deuteln gab.

Die Skrupellosigkeit von Bismarcks Vorgehen steht außer Zweifel, selbst wenn man ihm zugute hält, daß er ernsthaft über das zweite Attentat auf den Kaiser erschüttert war. Virtuoso setzte der Reichskanzler auf die Dramatisierung des Ereignisses und die Verschärfung politischer Feindbilder. Der Erfolg seiner Symbolpolitik läßt sich daran ablesen, daß die Empörung des deutschen Volkes nach Nobilings Attentat jahrzehntelang Teil des kulturellen Gedächtnisses war. Noch 1926 sprach der liberale Politiker Eduard Lasker vom »Paroxysmus der Empörung und des Schreckens«, den Nobilings Tat ausgelöst habe. Der massiv ins Geschehen involvierte Adolf Stoecker charakterisierte die Zeit nach den Attentaten rückblickend als »Jahr des Terrors«.¹⁷ Der erinnerungsgeschichtliche Befund gewinnt noch einmal an Gewicht, wenn man sich vor Augen führt, daß er alles andere als selbstverständlich ist. Denn das »Sozialistengesetz« wurde immer wieder kontrovers diskutiert und von nicht wenigen Bürgern kategorisch abgelehnt. Erst recht galt dies nach Bismarcks Abdankung, als das Scheitern seiner Konfliktstrategie, für die man innenpolitisch einen hohen Preis gezahlt hatte, nicht mehr zu be-

streiten war. Beispielsweise äußerte der Marburger Neukantianer Paul Natorp mit Entschiedenheit: »Man kann [...] ein guter Deutscher sein, ohne dem Fürsten Bismarck zu Füßen zu liegen. Man kann in ihm den Vollstrecker geschichtlicher Notwendigkeiten ehren, ohne, namentlich in seiner inneren Politik, die Absicht immer rein und das Verfahren [...] löblich zu finden; insbesondere die Ausnahmegesetze, die gegen die Meuchelmörder erlassen und gegen das kämpfende Proletariat, ich will nicht untersuchen wie, gebraucht wurden, hat mancher verwünscht, dem man Vaterlandsliebe nicht absprechen kann, aus einfachem Rechtsinn.«¹⁸ Der Neoidealist Rudolf Eucken hielt rückblickend gar von hoher Warte fest, es sei grundsätzlich verfehlt gewesen, »eine weltgeschichtliche Bewegung durch polizeiliche Maßnahmen zu unterdrücken«.¹⁹

Die Vorgänge um Bismarcks »konservative Wende« sind mittlerweile gründlich erforscht und werden meist mit einiger Sympathie für seine politischen Gegner dargestellt. Der innenpolitische Schaden, den seine Angriffe auf die Sozialdemokratie hinterließen, ist ebenso offenkundig wie der illusionäre Charakter seiner Maßnahmen. Angesichts der Größe und Bedeutung der Sozialdemokratie im späten 19. Jahrhundert mußte ihre Bekämpfung scheitern, und tatsächlich ging die organisierte Arbeiterbewegung gestärkt aus der Zeit des »Sozialistengesetzes« hervor. Der manipulative Charakter von Bismarcks Politik und die Sympathie mit der SPD haben dazu geführt, daß deren Einschätzung des zeitgenössischen Terrorismus häufig und mit innerer Zustimmung zitiert wird. Genau dies ist jedoch problematisch; denn die Sozialdemokraten standen 1878 unter einem enormen öffentlichen Druck, so daß ein Großteil ihrer Äußerungen rein strategisch motiviert war.

Energisch grenzte sich die SPD von den beiden Attentätern ab und unterstrich deren kriminelle Gesinnung, die mit echtem politischen Engagement unvereinbar sei. Um ihre Beweggründe kümmerte man sich, schon allein um den Vorwürfen der Gegenseite keine Nahrung zu bieten, nicht im geringsten. Aus diesem Grund geben die sozialdemokratischen Zeugnisse nicht viel für ein tieferes Verständnis der Attentäter und ihrer Motive her. Die bis heute maßgebliche Darstellung zur Geschichte des »Sozialistengesetzes« von 1961 ist da freilich anderer Auf-

fassung. So wird Hödel als »körperlich von Jugend auf verwaorlost und krank« beschrieben. Vor Gericht gebärdete er sich angeblich »wie ein Halbidiot«, der keine »feste[n] politische[n] Überzeugungen besaß [...], sondern zurecht als Schmarotzertyp (galt)«. ²⁰ Die unreflektierte Wieder- gabe zeitgenössischer Wertungen ist jedoch nicht nur methodisch heikel, sie erschwert auch eine angemessene Würdigung der Ereignisse, die von vielen als Angriff auf die symbolische Grundlage des Gemeinwesens aufgefaßt wurden. Genau damit hatten jedoch die Philosophen zu tun, die Bismarck als Mitverantwortliche ausgemacht hatte, und deshalb ist ein näherer Blick auf die Attentäter für die Konturierung der Situation unerläßlich.